

des Monats Mai endlich in Freiheit gesetzt worden. Vor dem neuen unparteiischen Gericht erklärten die Kwa-Hauptlinge auf die Frage des Richters, ob sie allein diejenigen seien, die die Beschwörung geschrieben haben: „Wir sind es gewesen.“ Nach der Urkunde der Abfassung der Beschwörung gefragt, erklärten die Angeklagten, daß der Druck Buttiamers und Brandtschiks nicht länger mehr zu ertragen gewesen sei. König Kwa bemerkte unter anderem, die „Gottesleute“ hätten gesagt, sie sollten nur Gottvertrauen haben und mit gutem Mut ihre Beschwörung abgeben. So war der 2. Mai herangerückt, an diesem Tage machte der Richter den Angeklagten die Mitteilung, sie seien frei, ermahnte sie aber, vor lauter Freude keine Dummheiten zu machen. König Kwa fragte am Verhandlungstage, ob sein Sohn wegen der Beschwörung zum zweiten Male verhaftet werden solle. Der Richter versicherte, daran sei nicht zu denken. Die Entscheidung des Gerichts wurde von den Angeklagten anfänglich ganz ruhig aufgenommen; dann erwiderte König Kwa, daß er, wenn er sich hätte erheben oder der Regierung andere Unannehmlichkeiten bereiten wollen, nicht viele Jahre auf Abhilfe gewartet und schließlich eine Beschwörung nach Deutschland geschickt hätte. Manga Bell, der Intimus Buttiamers und Brandtschiks, hat es infolge des Urteils vorgezogen, auf einige Monate Duala zu verlassen.

Die feierliche Enthüllung des Bismarck-Denkmal auf der Elbhöhe bei Hamburg fand am 2. d. M. statt in Gegenwart des Senates, der Bürgerchaft, von Vertretern der Kaufmannschaft und des Vertreters der Hansastädte in Berlin Mügmann, des preussischen Gesandten Freiherrn von Seyling, der Generalität, zahlreicher Offiziere und Ehrengäste.

Der Entwurf der Straßprojektion soll nach Meldungen Berliner Blätter noch vor den Sommerferien den Bundesrat beschäftigen. An Meinungsverschiedenheiten zwischen den verbündeten Regierungen fehlt es ja nicht. Doch haben sich auch schon größere Differenzen in verhältnismäßig kurzer Zeit nicht allzu schwer überwinden lassen, wenn der Wille vorhanden war, einen Weg zu finden. In Reichstage wird es veranlaßt nicht an Versuchen mangeln, namentlich von Seiten der Sozialdemokratie, auch bei dieser Gelegenheit der notwendigen Reform Schritte in den Weg zu werfen, doch möchten wir schon jetzt der Hoffnung Ausdruck geben, daß die übrigen Parteien praktische Entschlossenheit zeigen, um die Reform unter Dach und Fach zu bringen, noch ehe die Wahlbewegung für die nächste Legislaturperiode beginnt.

Beförderung nationalliberaler Abgeordneter. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Landgerichtsrat Schiffer (Magdeburg), von dem kürzlich die bald wieder demontierte Nachricht durch die Presse ging, er sei zum Landgerichtsdirektor ernannt worden, ist, wie die „Behergung“ berichtet, nunmehr zum Kammergerichtsrat in Berlin ernannt und wird sein Amt am 1. Juli antreten. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Landgerichtsrat Ködding wird in nächster Zeit zum Landgerichtsdirektor ernannt werden. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hagemann sollte als vortragender Rat in das Kolonialamt kommen und Dr. Paasche bekanntlich Unterstaatssekretär werden. Also gleich 4 nationalliberale Abgeordnete sollten auf einen Schlag die Treppe hinaufgehen! Was hat das zu bedeuten? Sucht man die Stellen mit kulturkämpferischen Formännern zu besetzen, um für den Fall eines Kulturkampfes sofort geeignete Beamte zur Hand zu haben? Jedenfalls verdienen solche auffallenden Beförderungen alle Beachtung unsererseits.

Die zehnte Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke wurde am 31. Mai im Reichstagsgebäude zu Berlin durch den Staatssekretär Grafen Posadowsky eröffnet. Er betonte in seiner Ansprache, das Komitee dürfe trotz der Erfolge seiner zehnjährigen Tätigkeit nicht rasten noch ruhen. Die Wissenschaft behauptet, daß eine völlige Ausrottung der Tuberkulose möglich sei. Daher muß das deutsche Volk, das wohlhabend ist und ausgestattet mit allen Mitteln der Wissenschaft und Technik, auch dieses Ziel erreichen können. (Bravo!) Hierzu müssen alle Volkskreise hilfreiche Hand bieten. Wer dem Volke die Gesundheitskraft erhält, erhält es arbeitsfähig und wehrfähig. Je arbeits- und wehrfähiger ein Volk ist, um so mehr wird es seine Schwerekraft im Weltbewerke der Völker in der Gegenwart behaupten und sich eine ehrenvolle Stellung für die Zukunft sichern können. (Vehementer Beifall.) Vizeobersekretär v. d. Aue bed. überbrachte sodann die Wünsche der Kaiserin für den Verlauf der Verhandlungen. Generalsekretär Dr. Niedner erstattete den Geschäftsbericht. Schließlich sprach Prof. Kirchner über die Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter.

Deutschlands Güterausfuhr mit Ostasien wird im allgemeinen weit überschätzt, so schreibt die „Kreuzzeitung“. Nur 24 Prozent der deutschen Ausfuhr gingen im Jahre 1904 nach Ostasien und zwar für 57,8 Millionen Mark nach Japan, für 52,9 Millionen Mark nach China, für 7,6 Millionen Mark nach Siam und für 7,2 Millionen Mark nach Hongkong. Zumeist ist eine stete Steigerung der deutschen Ausfuhr nach China und Japan zu beobachten. Im Kriegsjahre 1905 erreichte die deutsche Einfuhr in Japan nach der japanischen Statistik die Höhe von 85 Millionen Mark. Japans Bedarf an Acker und Holz ging stark zurück, dagegen bezog es aus Deutschland für 6,8 Millionen Mark Lokomotiven, Eisenbahnwagen und Maschinen, für 9,2 Millionen Mark Eisenstahl und Waren daraus, für je 4,6 Millionen Mark Indigo und Papier usw. Weit stärker als Deutschland sind aber England und die nordamerikanische Union an Japans Einfuhr beteiligt. Die englische Ausfuhr nach Japan stellte sich für 1905 auf 230, die nordamerikanische auf 208 Millionen Mark. Die Ausfuhr der übrigen europäischen Länder nach Japan war nicht erheblich. Auffallend ist das starke Anwachsen des japanischen Güterausstausches mit den ostasiatischen Ländern, vor allem mit China. Angesichts dieser Zahlen aber ist es doppelt auffallend, weshalb wir denn in Ostasien noch einen Hafen von Kiautschou unterhalten! Diese Pachtung an der Sonne

nicht uns nichts, hat uns aber schon 100 Millionen Mark gekostet und kann uns für die Zukunft recht teuer zu stehen kommen, es darf nur einmal Verwicklungen geben. Nachdem Kutschow Port Arthur verloren und England Weiwaiwei zurückgegeben haben, dürfte man es sich in Deutschland sehr überlegen, ob man nicht auch Kiautschou zurückgeben soll. Für den deutschen Handel hat es gar keinen Wert und für den japanischen Handel, der sich dort ausbreitet, haben wir doch nicht zu sorgen. Im nächsten Winter dürfte es im Reichstage hierüber harte Debatten abgeben!

Die Kirchenfeindlichkeit der Masse in Berlin. Aus der Sitzung der Kreisynode Berlin Stadt I haben wir eine Debatte hervor, die sich über die Abneigung weiter Volksschichten gegen die evangelische Kirche erging, und von der wir schon einmal Erwähnung machten. Der Bericht des Vorsitzenden über die kirchlichen und sittlichen Zustände in den Gemeinden der Diözese enthielt folgenden Passus: „Es ist eine offensichtliche Tatsache, daß die großen Massen der Gemeinde der Kirche vollständig entfremdet und von Haß und Feindschaft gegen die christliche Religion und ihre Diener erfüllt sind. Der Same, den die Sozialdemokratie seit 30 Jahren ausgestreut hat, ist aufgegangen und trägt seine traurigen Früchte.“ — Gegen diesen Satz wendet sich Synodale Wittendorf. Die Wendung „Haß und Feindschaft“ gehe doch zu weit; man könne doch nur von „Gleichgültigkeit“ reden. Zu dieser Frage die Erregung über die wachsende Kirchensteuer sehr viel bei, wenigstens werde diese bei der Agitation in erste Reihe gerückt. Pastor Professor Dr. Scholz (St. Marien) kann den vom Vorredner angeführten Satz auch nicht unterschreiben, jedenfalls eigne er sich nicht zur Verallgemeinerung. Allerdings bestehe eine sehr große Abneigung gegen die Kirche und die Geistlichen in weiten Kreisen, aber nicht in demselben Grade die Abneigung gegen die Religiosität und den christlichen Glauben. Man könne nicht sagen, Haß und Feindschaft seien schon dadurch erwiesen, daß der Kirchenbesuch zu wünschen übrig lasse. Die Statistik erweise, daß noch immer neun Zehntel aller evangelischen Kinder zur Taufe gebracht werden, und daß fast zwei Drittel aller Brautpaare noch immer die kirchliche Trauung nachsuchen. Wenn es wahr sein sollte, daß die Sozialdemokratie in erster Reihe der Schuld steht, so solle man doch auch die Kreise der Bildung und des Besitzes nicht übersehen. Auch die oberen Zehntausend sind nicht immer Leuchten und Säulen der Kirche. (Sehr wahr!) Pastor von Gersdorf: Ganz ohne Schuld sei doch die Kirche selbst auch nicht. Die Entwicklung der Kirche in Berlin seit 30 Jahren beweise dies. Er möchte in dieser Beziehung den Pastoren das Gewissen schärfen. Pastor Pfeiffer kann aus Erfahrung sagen, daß es noch immer Sozialdemokraten gibt, die ihre Kinder taufen und einsegnen lassen, aber der Haß gegen die Kirche sei innerhalb der Sozialdemokratie doch in weitem Maße vorhanden. Es gehe sogar so weit, daß von den Organen der Sozialdemokratie die Beteiligung an den Begräbnissen von Genossen verweigert wird, wenn dabei ein Pastor mitwirkt. Pastor Kaffon (Bartholomäus): Daß die fanatisierten Personen der Sozialdemokratie in Feindschaft gegen die Kirche und ihre Diener stehen, ist richtig, man muß von diesen aber die großen Massen unterscheiden. Was als Feindschaft hier hervorgehoben worden ist, beschränkt sich nicht auf eine einzelne Klasse, sondern das geht, wie schon richtig hervorgehoben worden ist, von oben bis unten durch. Wo die Feindschaft gegen die Kirche zum Ausdruck kommt, handelt es sich in Wahrheit doch um die Feindschaft gegen die Religion. Synodale von Gersdorf habe in dankenswerter Weise den Pastoren das Gewissen geschärft; man dürfe aber doch auch in dieser Beziehung das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. — Diese Erörterung wurde damit verlassen.

Ein sozialdemokratischer Herceinfall. Am 25. Mai hielt im Reichstag Genosse Bernstein eine historisch-ökonomische Meiringrede, die mit Uebertreibungen gespickt war. Er führte unter anderem auch folgendes aus: „In das Haus der Schweizerstraße Nr. 12 in Breslau ist in die erste Etage, wo ein Maschinenbauarbeiter am Fenster stand, von einem Polizeioffizier hineingeschossen worden. Die Scheibe ist durchgeschossen worden. Das kann amtlich festgestellt und durch Zeugen erhärtet werden. Hier ist eine von den Augen, die dort gefunden worden sind. (Heiterkeit.) Jawohl, meine Herren, lachen Sie nur nicht; in diesem Falle ist die Sache gewiß ernst genug. Die Augen hätte ganz gut einen Menschen töten können. Es ist festgestellt worden, daß in die Wohnung hineingeschossen worden ist.“ — Graf Posadowsky führte dann bekanntlich in seiner Erwiderung unter der hübschen Heiterkeit des ganzen Hauses den Nachweis, daß diese vom Genossen Bernstein abgegebene Augen niemals abgeschossen worden sei, was jeder Antwendende, der Soldat gewesen oder Jäger sei, bestätigen könne. Wie verhält sich nun die sozialdemokratische Presse zu diesem glorreichen Herceinfall? In diesem Falle hatte der „Vorwärts“ die Erklärung des Ministers über die nicht-abgeschossene Augen wiedergegeben, weil er weiß, daß ihm in Berlin auf die Finger gesehen wird, aber nicht eine einzige sozialdemokratische Zeitung in der Provinz hat dieses Vorkalles Erwähnung getan. Sämtliche Wäcker druckten fast wörtlich die Rede des Genossen Bernstein ab, druckten auch ab, daß die Augen auf den Tisch des Hauses niedergelegt worden sei, aber alle sozialdemokratischen Provinzorgane unterdrückten die Feststellung der Tatsache, daß die vom Genossen Bernstein vorgezeigte Augen nicht abgeschossen worden sein könne. Natürlich, die Genossen dürfen nicht erfahren, wie sich ihre Führer im Reichstage blamiert haben! In der Art der Berichterstattung liegt System!

In ihrer Volentät gegen den Vorwärts stellt die Post fest, daß nicht nur Rosa Luxemburg, sondern auch der sie begleitende Sekretär Rosiechows bei der Reise nach Warschau sich eines falschen Passes bedient hatten.

Österreich-Ungarn.

Ein österreichisches Koalitionsministerium ist gebildet, es ist ein Kabinett der koalitierten Polen, Deutschfreisinnigen, Jungtschechen und der Bureaukratie. Das „parlamentarische“ Ministerium besteht aus sieben Beamten, zwei parlamentarischen Ressortministern und drei parlamentarischen Landesmannministern. Die Namen der neuen parlamentarischen Minister sind folgende: Ministerpräsident: Freiherr von Beck; Landesverteidigungsminister: Feld-

zeugmeister Schönach; Minister des Innern: Freiherr von Wienert; Ackerbauminister: Graf Auerberg; Justizminister: Dr. Klein; Finanzminister: Dr. Witold Ritter von Aortymowski; Handelsminister: Sektionschef Dr. Jorck; Eisenbahnminister Dr. von Derzhatta; Kultus- und Unterrichtsminister: Hofrat Dr. Marchet; Minister ohne Portefeuille (Landesmannminister): Graf Djenduszewski, Prade und Dr. Voral. Der Minister des Innern, der Ackerbauminister, der Justizminister und der Landesverteidigungsminister wurden aus den früheren Kabinetten Gutsch und Söhenlohe übernommen; jedoch erhielten Baron Wienert und Graf Auerberg andere Ressorts. Daß Baron Wienert das Ressort des „Innern“ erhielt, scheint noch am ehesten dafür zu bürgen, daß die Wahlreform nach wie vor auf der Tagesordnung bleibt, denn Baron Wienert gilt als überzeugter Anhänger derselben. Die Polen haben nach einer längeren Unterbrechung wieder ihr Lieblingsportefeuille, das der Finanzen, besetzt, allerdings mit einem Manne, der im Ruhe steht, mit den Steuerfahndalen Galiziens rücksichtslos aufgeräumt zu haben. Der frühere jungtschechische Abgeordnete und spätere Sektionschef Dr. Jorck gilt als ausgezeichneter Fachmann, ihm wurde das wichtige Ressort des Handels anvertraut. Er hat im Eisenbahnminister Dr. von Derzhatta, dem Führer der Deutschen Volkspartei, ein nationales Gegengewicht erhalten. Bespannt darauf kann man sein, wie sich der neue Eisenbahnminister mit den Jungtschechen in Betreff der Verstaatlichungsfrage auseinandergesetzt hat. Kopfschütteln erregt in der Zeit der „Freien Schule“ und ähnlicher Bewegungen die Besetzung des Unterrichtsportefeuilles mit Hofrat Marchet, einen Liberalen reinen Wassers. Der Kaiser nahm am Montag die Mitglieder des neuernannten Kabinetts in Eid und empfing darauf die Mitglieder des abtretenden Kabinetts in Abschiedsaudienz. — Die amtliche Wiener Zeitung vom Sonntag veröffentlicht die den Kabinettswechsel betreffenden Handwritten des Kaisers, sowie die Ministerliste. In dem Handwritten, das an den Prinzen Söhenlohe gerichtet ist, wird diesem volle Anerkennung, sowie der wärmste Dank für seine patriotische Hingebung ausgesprochen und gleichzeitig seine weitere Verwendung im Staatsdienste vorbehalten. Mehrere Mitglieder des zurücktretenden Kabinetts wurden durch Ordensverleihungen ausgezeichnet. In politischen Kreisen verlautet, daß die neue parlamentarische Regierung die Verstaatlichungsaktion der großen Privatbahnen, besonders der Staatseisenbahngesellschaft und der Nordwestbahnen, fortführen werde.

Italien.

Am Sonntag fanden in 24 Wahlbezirken die durch die Mandatsniederlegung der sozialistischen Abgeordneten notwendig gewordenen Wahlen statt. Von 24 Wahlen liegen bis jetzt 23 Ergebnisse vor. Es sind gewählt 19 Sozialisten und drei Konstitutionelle; in einem Wahlkreis kommt es zur Stichwahl. Die Sozialisten verlieren drei Sitze.

Frankreich.

Die französische Bischofskonferenz. Es heißt, daß die Bischöfe in der nächsten Zeit eine weitere Versammlung abhalten wollen, um alle Einzelheiten der durch das Trennungsgesetz geschaffenen Lage zu erörtern. In der letzten Versammlung wurden keinerlei Beschlüsse gefaßt, da die Bischöfe erst die Entscheidung des Papstes über die Kulturvereinigungen abwarten wollen.

Das Pariser Attentat. Genau vor einem Jahre, bis auf wenige Stunden vor Jahresfrist, ist in Paris auf den jungen König von Spanien ein Attentat verübt worden, das ebenfalls für ihn glücklich abließ. Als König Alfons mit dem damaligen Präsidenten Loubet am Abend des 31. Mai 1905 die Oper verließ, wurde gegen seinen Wagen in der Rue Rohan eine Bombe geschleudert. Die Wirkung war eine entsetzliche, 14 Personen wurden verletzt, ein Pferd getötet; wie durch ein Wunder blieben der König und der Präsident unverletzt, ja König Alfons hatte bei seiner Ankunft im Palais Royal so viel Ruhe, um lächelnd über seine „Fertertausch“ zu sprechen. Der Attentäter war nach der Tat wie vom Erdboden verschwunden, dann wurden zwar einige Anarchisten verhaftet, allein beim Verhöre konnte ihnen die Schuld oder Mitschuld nicht nachgewiesen werden. Schließlich ergab der Prozeß eine dann vielerörterte Tatsache: Die Madrider Polizei hatte an den Pariser Anarchisten Malato eine Bombe senden lassen, um diesen zu kompromittieren. Malato gab die Bombe fort und — sie wurde von unbekannter Hand gegen den Wagen des Königs geschleudert.

Rußland.

Die Duma nahm den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe einstimmig an. In der Debatte machte sich neuerdings ein ungemein heftiger Ton geltend, wiederholt wurde der Gedanke ausgesprochen, die Duma solle sich selbst auflösen, wenn sie weiter so modisch bleibe. Die Hinrichtung von acht Personen in Maa wurde als eine Herausforderung der Duma erklärt; ein anderer Deputierter erklärte rundweg, man müsse das epidemische Auftreten von politischen Morden durch Bekämpfung ihrer Ursachen bekämpfen. Eine solche Ursache sei die Todesstrafe. — Die konstitutionell-demokratische Zeitung „Nesich“ meldet, der Ministerrat habe sich auf Antrag des Justizministers für Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen. — An der russisch-irakischen Grenze fand bei der Ortschaft Daguir ein Kampf zwischen russischen Grenzwächtern und türkischen Soldaten statt. Bei dem Schußwechsel fiel ein russischer Grenzwächter.

Japan.

Die Lesung von Rufden für den internationalen Handel hat in feierlicher Weise stattgefunden. Die Behörden entwerfen Verordnungen für den Hafen in Dalnu. Nach ihrer Fertigstellung wird auch dieser Hafen amtlich für frei erklärt werden. — Nach einer Meldung der „Times“ aus Tokio haben die japanischen Truppen am 31. Mai Gogju (Korea) eingenommen und die koreanischen Aufständischen zerstreut. — Sämtliche militärische Verwaltungsbehörden werden aus der Mandchurei zurückberufen und an ihrer Stelle japanische Konsuln ernannt werden.

Aus den deutschen Kolonien.

Nach dem Gescheh bei Rakais am 25. Mai erreichten die Gegner nämlich von Tamab abermals das Samtrevier und zogen dann über Rakais und Dakeib in

westlicher Richtung Majors v. Freyhold zette kleine Vanden am Hülshaus bei Quentabils aufgetanlich gemeldet, Jumben Chamling freiwillig gestellt b

— Wie aus 500 Bergarbeiter de Mines in Canada den Ausstand getret sich die Bergleute d über 50 (gemeist W viele Verwühlungen Gouverneur der A Truppen dorthin ab schreitung von bet standen. Durch das Ruhe wieder hergest

Tageskalend Gottenotten am Raik apostolischer Bilar für des französischen Prinzen Kronprinzenpaars. — bissen bei Hesel. — 18 herrschaft. — 1873, t erste Admiral der deut von Rußland, geb. P König von Sachsen. — bei Gyzefolgen. — der größten Dichter J

—* Wetterpr Logischen Inkitu Mitterung; auffällend Windrichtung: Nordost —* Se. Majest Feiertag nach der F heit der Prinzessin drei Prinzenjöhnen Rügen. Se. Majest 26 Minuten ab Dres Berlin, wo der Kön gestern die Reise üb Rückkehr wird voran

— Ihre Majest morgen nachmittag Ihrer königlichen Hohenzollern nach Begleitung werden von Weßl und Kam

— Herr Ob 7. Juni mit seiner zelt. Er verheiratet meister von Meeram des Herrn Rechtsan paare dürfte es nicht sehen.

— 3. Deut Dresden 1906, 2 Besuch der Ausstellun tage außerordentlich beaugenmerkigten Wert. Der Ausstell aller Kräfte möglich dungen harrenden Kä waren gleichfalls fest stellung fanden flott am ersten Feiertag Hauptgewinne zu 100 des fünften Orgellon woch, den 6. Juni, Kirchenraume veranl Meister auf: J. S. (Variationen über d itate Weinen, Klager teren Butto ottinat die beiden vorher ge den Ausstellungskon. Beschlossen wird da von A. Guilmat.

— Das Schu vereinz, Sedanstra morgen Mittwoch b mikroskopischen Abtei von Präparaten aus Abteilungen des Sch auf. Unter den au allem die Lieberman die Aufmerksamkeit o

— In Weinhe Versammlung des gehilfen-Verband Kaiser Wilhelm un wurde. Der Redne über: „Die Angriffe Vereinsrecht der Pa tragentwurf der Dr gehten, so führte d gewähltestes Vere dies Recht von ein gesamt Behilfenscha würden sich auch die Beschluß der Dresd Als Mißstände in d Redner die zu lang Wehrlingsgächterei un hilsen außerhalb de Resolation angenom holds Sälen verfan den ausgesperrten Sympathie aus un in ihrem Kampfe.